

## Für Groß-Berlin.

Ueber die Arbeit und die nächsten Aufgaben des Bürgerausschusses Groß-Berlin wird uns von unterrichteter Seite geschrieben:

Die Aufgaben des Bürgerausschusses Groß-Berlin sind drei verschiedene. Die erste und wichtigste besteht in der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes für die Neuordnung der Groß-Berliner Gemeindeverfassung. Diese soll sich aufbauen auf den Vorarbeiten der einzelnen Fachausschüsse, die der Bürgerausschuß nach eingehenden Beratungen im Schoße des Vorstandes und des Engeren Ausschusses aus den besten Sachkennern gebildet hat. Die Fachausschüsse haben zunächst festzustellen, wo auf ihren Sondergebieten Groß-Berliner Gemeinschaftsinteressen vorliegen und inwiefern diese durch die jetzige Organisation der Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen nicht zu ihrem Rechte kommen und geschädigt werden. Sie haben weiter zur Abhilfe dieser Schäden dem Bürgerausschusse Vorschläge für eine Aenderung der Verfassung oder der Verwaltungen für Groß-Berlin zu unterbreiten. Diese Arbeiten erstrecken sich auf die Gebiete der Reichs- und Staatsverwaltungen für Groß-Berlin, des Finanz- und Abgabewesens, des Städtebaues, Wohnungswesens, Kassenwesens und Verkehrs, der technischen Betriebe, der Fortbildungsschulen, der Volks-, Mittel- und Höheren Schulen, der Kunstpflege, der öffentlichen Wohlfahrts-, Armen- und Waisenspflege, der öffentlichen Gesundheitspflege und der Lebensmittel- und Kohlenversorgung. Die einzelnen Fachausschüsse haben besondere Berichterflatter gewählt, die ihre Berichte schon in diesem Monat den Ausschüssen vorlegen wollen.

Aufgabe des Bürgerausschusses ist aber außerdem, schon jetzt in allen wichtigen Verwaltungsfragen, besonders auch solchen wirtschaftlicher Art, das Groß-Berliner Gemeinschaftsinteresse zur Geltung zu bringen und zu diesem Zwecke auch zu Tagesfragen Stellung zu nehmen. Jedoch sollen nur solche Fragen in den Kreis der Beratungen eingezogen werden, die aus der jetzigen gemeindlichen Zersplitterung Groß-Berlins entstanden sind und in Zukunft vermeidbar erscheinen. So wird z. B. die Frage der einheitlichen Einrichtung der ersten Hilfe in Groß-Berlin, die in der letzten Woche die Gemüter erregt hat, die nächste Sitzung des Fachausschusses für öffentliche Gesundheitspflege beschäftigen.